
FDP-Fraktion im Römer

ZUWACHS AUF DEM PAPIER, VERSORGUNGSLÜCKE BEI AUSREICHENDEN WOHNUNGEN IN DER REALITÄT

23.06.2026

Zum ersten Mal seit Jahrzehnten wächst der Sozialwohnungsbestand in Frankfurt leicht auf 30.839 Wohnungen. Doch dieser Zuwachs löst den Wohnraummangel nicht: In Frankfurt fehlen aktuell bereits mehrere Zehntausend Wohnungen und bis 2030 wird der Bedarf laut Stadtplanungsamt auf ca. 90.000 fehlende Wohnungen steigen.

Von den 2025 rund 430.000 Haushalten in Frankfurt sind laut Stadt etwa 280.000 antragsberechtigt für eine Sozial- oder Mittelstandswohnung (Förderweg 1 und 2). Gleichzeitig stehen nur 30.839 geförderte Wohneinheiten zur Verfügung. Das bedeutet: Etwa 249.161 Haushalte haben Anspruch, aber keine Chance auf eine geförderte Wohnung. Die massive Unterdeckung zeigt: Die extrem teuren Sozialwohnungen allein können das Problem von nicht ausreichendem Wohnraum nicht lösen.

Dass die Fertigstellungszahlen beim Wohnungsbau in Frankfurt konstant bleiben und nicht wie deutschlandweit stark zurückgehen, ist auf Großprojekte zurückzuführen. Diese wurden durch ein zuletzt an die tatsächlichen Baukosten angepasstes Förderprogramm und das Festhalten an allen Bauprojekten seit 2021 ermöglicht - eine Forderung, für die die FDP-Fraktion vehement eingetreten ist. Umso bitterer ist es, dass CDU, SPD und Grüne das Großprojekt Günthersburghöfe kurz vor Baubeginn 2020 gestoppt hatten. Diese Wohnungen könnten bereits fertig sein und fehlen Frankfurt bis heute. „Sie stehen sinnbildlich für eine Wohnungspolitik, die Bauprojekte verzögert, verkleinert oder beerdigt statt sie zu ermöglichen“, erklärt Sebastian Papke, Fraktionsvorsitzender und Sprecher für Planen, Wohnen und Bauen.

Die FDP-Fraktion fordert schnellere Genehmigungsverfahren, Abbau von Bürokratie und Senkung von Baustandards, Bereitstellung von mehr Bauland, die konsequente

Anwendung des Bauturbos insbesondere auch für kleine Bauprojekte und Nachverdichtung, damit insgesamt höhere Fertigstellungszahlen erzielt werden können. Daneben muss die Subjektförderung (z.B. in Form von Wohngeld) unbürokratischer und zielgenauer werden, damit die finanzielle Unterstützung aus Steuermitteln dort ankommt, wo sie wirklich gebraucht wird.